

Rede von Konrad Adenauer vor dem Bundestag (Bonn, 7. Februar 1952)

Legende: Am 7. Februar 1952 hält Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Bundestag ein mitreißendes Plädoyer über die europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 09.02.1952, Nr. 17. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Deutschland und die europäische Verteidigungsgemeinschaft", p. 159-163.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_konrad_adenauer_vor_dem_bundestag_bonn_7_februar_1952-de-4b905344-a10b-4b12-9d3b-f7e1f3358702.html

Publication date: 14/05/2013

Rede von Konrad Adenauer vor dem Bundestag (Bonn, 7. Februar 1952)

Die heutige und morgige Aussprache ist veranlaßt durch Anträge der Föderalistischen Union und der FDP. Diese Anträge dürften wohl den Kreis der Erörterungen, die wir in diesem Hause zu pflegen haben, umgrenzen und abgrenzen. Ich betone das, weil es darauf ankommt, dem Bundestag und durch den Bundestag dem deutschen Volke, der deutschen Öffentlichkeit, aber auch der ausländischen Öffentlichkeit die führenden Probleme, um die es sich handelt, klar zu zeigen und nicht die Bedeutung der ganzen Angelegenheit unter einer Fülle von Einzelheiten verschwinden zu lassen.

Vor einigen Tagen hat der britische Außenminister, Mr. Eden, im Unterhaus bei der Debatte über die Auslandspolitik der britischen Regierung eine Rede gehalten, in der er sich auch mit den europäischen Schwierigkeiten beschäftigt hat. Schwierigkeiten, die augenblicklich besonders sichtbar geworden sind. In dieser Rede hat er ausgeführt, daß es sich sowohl um Deutschland wie Frankreich und auch damit um Europa um wahrhaft historische Stunden und historische Fragen handele. Ich führe dieses Beispiel für die Bedeutung unserer Debatte an, um Sie zu bitten, daß wir alle miteinander dieser Debatte auch den äußeren Rahmen und die äußere Form geben, die der Bedeutung der Angelegenheit und unserer gemeinsamen Verantwortung vor dem deutschen Volke entspricht.

Es findet heute und morgen die Debatte über den gesamten Fragenkomplex hier im Bundestag statt. Am Freitag, also morgen, und nächsten Montag findet eine ähnliche Debatte im französischen Parlament statt. Und auf diese Debatten, auf die Debatte bei uns und auf die Debatte in Frankreich konzentriert sich in Wahrheit diesmal die gesamte Weltöffentlichkeit, weil die Stellungnahme der beiden Länder entscheidend sein wird, nicht nur für die Zukunft der beiden Länder, sondern darüber hinaus für Fragen, die alle Europäer und alle westlich orientierten und auch die östlich orientierten angehen.

Wir befinden uns nicht in der Lage, ebenso wenig wie Frankreich, den Parlamenten fertige Verträge vorzulegen, zu denen die Parlamente ja oder nein zu sagen hätten. Aber die Verhandlungen über solche Verträge haben doch immerhin einen solchen Stand erreicht, der es den Parlamenten möglich macht, ohne zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen, über die Prinzipien, die den Verhandlungen zugrunde liegen, zu befinden. Keine Regierung kann, wie ich glaube, jetzt eine endgültige Entscheidung treffen, ohne zu wissen, ob sie die Mehrheit des Parlaments bei ihren fortzusetzenden Verhandlungen hinter sich hat. Lassen Sie mich zunächst eine Zwischenbemerkung an die äußerste Linke richten: Ich glaube, daß diese Debatte auch für das Land, das Ihnen so besonders am Herzen liegt, von sehr großer Bedeutung ist, und daß es sich empfiehlt, auch für Sie, wenn Sie diese folgenschwere Debatte mit einer Ruhe anhören, die Sie sich, wenn auch mit einer gewissen Gewalt, doch aneignen können, wenn Sie nur wollen.

Man versucht bei uns, aber nicht nur bei uns, auch, wie mir scheint, in Frankreich, die Volksleidenschaften zu erregen und durch diese Erregung die Entscheidung der Parlamente zu beeinflussen. Ich halte ein derartiges Beginnen für gefährlich und für verantwortungslos. Wie leicht es ist, Volksleidenschaften zu entfesseln und aufzuputschen, das hat doch gerade uns Deutsche Hitler und der Nationalsozialismus gezeigt. Und zu welch furchtbaren Katastrophen es führen kann, wenn man etwas Derartiges tut, das haben wir doch alle miteinander schaudernd erlebt. Darum bitte ich Sie, die ganzen Fragen, die uns beschäftigen, mit allem Ernst, mit alter Sachlichkeit, ja mit aller Kaltblütigkeit und nüchterner Überlegung zu behandeln. Es handelt sich nicht um Angelegenheiten des Nutzens oder des Schadens für diese oder jene Partei. Es handelt sich um eine lebenswichtige Entscheidung des ganzen deutschen Volkes einschließlich der Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang. Und es handelt sich nicht darum, in irgendeiner Weise kommende Wahlentscheidungen vorzubereiten, sondern es handelt sich darum, das Geschick Deutschlands und wohl Europas für lange Jahre hinaus zu bestimmen.

Die Expansionspolitik Rußlands

Der Ausgang für unsere Überlegungen und der Ausgangspunkt für das ganze Geschehen der letzten Jahre ist die Expansionspolitik und die Aggressionspolitik Sowjetrußlands. Bei Kriegsende war Einigkeit unter den führenden Alliierten, Deutschland als machtloses, als politisch und wirtschaftlich machtloses, einflußloses Gebilde bestehen zu lassen. Es sollte zur Not seine Bevölkerung ernähren können, aber es sollte weder

politisch noch wirtschaftlich Einfluß haben. Sehr eindeutig und sehr klar geht dieser damals vorhandene übereinstimmende Wille der vier Alliierten aus den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam und auf den Direktiven der Alliierten für ihre Besatzungspolitik hervor. Eine Änderung ihrer Anschauung für die von ihnen hinsichtlich Deutschlands einzuschlagende Politik trat bei den Westalliierten, zuerst langsam und allmählich und dann immer stärker und schneller ein, als die Expansionspolitik Sowjetrußlands immer deutlicher zutage trat.

Ich muß über die sowjetrussische Politik in diesem Zusammenhang ausführlicher sprechen, weil sie allein eine Erklärung gibt über die Haltung der drei Westalliierten, und weil sie allein auch für uns bestimmend sein kann für das, was wir zu tun haben. Ich will Ihnen nur das Schema, nach dem Sowjetrußland seit 1945 Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien unterjocht hat und schließlich die Sowjetzone unterjocht hat, nur in kurzen Zügen vorführen. Das ganze Vorgehen geschah immer nach demselben Plan. Es kam zuerst ein Komitee, ein Befreiungskomitee, in dem die KPD in all den Ländern eine maßgebende Rolle spielte. Dann zuerst im Auftrage Sowjetrußlands eine Gruppe von Kommunisten, die erklärte, zum Zwecke der Rettung und der Schaffung der Demokratie mit den Angehörigen anderer Parteien zusammenarbeiten zu wollen. Dann wurden die anderen herausgedrängt. Dann wurde eine Blockliste geschaffen. Dann kamen absolut unfreie Wahlen, und schließlich war das Ergebnis das, daß die kommunistischen Parteien in den betreffenden Staaten absolut herrschend waren. In Polen z. B. haben sie 32 von 35 Ministerien, in Ungarn 15 von 20, und so geht es auf der ganzen Linie fort. Sie dulden einige Feigenblätter - armselige Geschöpfe -, die das mitmachen, und genau so haben sie in der Sowjetzone auch gearbeitet. Dazu kommt, daß sie in den Ländern, wie der Bundesrepublik, wie Frankreich, wie Italien und in asiatischen Ländern eine 5. Kolonne unterhalten, Beauftragte in Form von kommunistischen Parteien. Aber sie legen bei uns in der Bundesrepublik keinen Wert darauf, daß die Kommunistische Partei nach außen besonders stark erscheint. Dafür haben sie bei uns bisher 48 kommunistische Tarnorganisationen geschaffen. Sie haben in großem Umfange ihre Mitglieder herausgezogen aus der politischen Arbeit und versucht, in Gewerkschaften und bei anderen Organisationen die Minierarbeit anstellen und fortsetzen zu können, wo sie glauben, größere Macht in ihre Hand bekommen zu können. Wie stark die Minierarbeit bei uns ist, mögen Sie daraus ersehen, daß die Kommunistische Partei bei uns 10-12 Millionen DM zur Propaganda und Minierarbeit zur Verfügung hat. Wenn Sie sich dazu vor Augen halten, welche Wühlarbeit in Frankreich und Italien stattfindet, so ist das Ziel der sowjetrussischen Politik ganz eindeutig und klar. Sie wollen im Wege des kalten Krieges, der bald diese, bald jene Form annehmen kann, mit allen Mitteln in erster Linie die Bundesrepublik und in deren Verlauf ganz Westeuropa in ihre Hand bringen. Es werden täglich bei uns in der Bundesrepublik zwischen 30 bis 40 Tonnen Propagandamaterial beschlagnahmt. Das Ziel der sowjetrussischen Politik in bezug auf die Bundesrepublik geht darauf hin, die Bundesrepublik zu neutralisieren.

Es liegt Sowjetrußland nichts daran, falls es nicht absolut notwendig ist, dieses Land in zerstörtem Zustand in Besitz zu bekommen. Aber es liegt Sowjetrußland sehr viel daran, dieses Land mit seinem Potential an Kriegsmaterial und an Menschenmaterial in seine Hand zu bekommen, weil es weiß, daß dann ohne weiteres das übrige Westeuropa auch in seine Hand kommt, und weil es sich dann stark genug fühlt, den Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen. Dieser Gedanke der Neutralisierung Deutschlands hat namentlich im Jahre 1950 in manchen politischen Kreisen Frankreichs Gehör gefunden. Ich betone ausdrücklich, nicht in Kreisen der damaligen oder heutigen französischen Regierung. Aber wir Deutsche müssen, wenn wir uns über die ganze Situation klar sein wollen, daran denken, daß es eine jahrzehntelange Linie der französischen Außenpolitik war, im Verein mit Rußland Deutschland niederzuhalten. Und daß jetzt auf einmal an Frankreich und die französischen Politiker die Frage herantritt, ob sie bereit sind, auf diese frühere Linie ihrer Politik zu verzichten und zusammen mit Deutschland und den anderen europäischen Ländern einen festen Damm gegen Sowjetrußland zu bilden.

Wenn ich die sowjetrussische Politik noch weiter kennzeichnen soll, dann brauche ich Sie nur hinzuweisen auf Korea, auf Rotchina, auf Persien, auf Ägypten, auf Indochina, auf Tunesien. Überall, wo heute Brände in der Welt sind, kann man mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, daß auf irgendeine Art Sowjetrußland diesen Brand schürt. Was würde es für uns Deutsche bedeuten, wenn es Sowjetrußland gelänge, im Wege des kalten Krieges, sagen wir einmal im Wege der Neutralisierung Deutschlands, uns in die Hand zu bekommen? Hier in diesem Hause sind seit Bestehen dieses Hauses erschütternde Darstellungen gegeben

worden über das Los unserer deutschen Brüder im Osten. Noch gestern ist von diesem Platz aus darüber in packender Weise gesprochen worden.

Für uns würde ein Einbeziehen in die sowjetrussische Machtsphäre nichts anderes bedeuten als Sklaverei und Ausbeutung, nichts anderes als Vernichtung alles dessen, was dem deutschen Volk das Leben überhaupt noch lebenswert macht. Leider sind die Menschen außerordentlich vergeßlich. Aber wenn unsere aus Rußland heimgekehrten Kriegsgefangenen sich daran erinnern würden, was sie in Sowjetrußland gesehen und erlitten haben, wenn wir auf die Rufe derjenigen hören, derjenigen Deutschen, früheren Soldaten, verschleppter Männer, verschleppter Frauen und Mädchen, die jetzt noch in der Sklaverei dort verharren müssen, wenn wir die nötige Zeit dafür hätten, um die Schilderung dessen zu lesen, was Sowjetrußland bei seinem Einbruch in Deutschland an den armen wehrlosen Männern und Frauen alles verübt hat, dann würden wir mit Schauern erkennen, in welcher ungeheurer Gefahr die Freiheit, alles das, ich wiederhole es nochmals, was uns lebenswert erscheint, schwebt. Ich habe eine Zuschrift bekommen vom Verband der Sowjetzonenflüchtlinge. Es ist erschütternd, daraus zu entnehmen, was diese armen Menschen, die dann geflüchtet sind, dort haben ertragen müssen.

Generalvertrag und Verteidigungsgemeinschaft

Ich möchte nun dazu übergehen, Ihnen in möglichst großen Zügen die Struktur des Vertragswerkes und seinen wesentlichen Inhalt mitzuteilen, um das es sich augenblicklich handelt. Es handelt sich zunächst um den Abschluß eines Generalvertrages, wie er genannt ist, der als wesentlichen Inhalt die Beseitigung des Besatzungsstatutes hat. Und zweitens um einen Vertrag über die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Was den Generalvertrag angeht, so ist die rechtliche Lage zurzeit die folgende: Dieser Generalvertrag würde geschlossen werden zwischen den drei Westalliierten, zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik. Er ist auf der Außenministerkonferenz, die vor einiger Zeit in Paris stattgefunden hat - nicht zu verwechseln mit den Außenministerkonferenzen über die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft -, nicht paraphiert, aber auch dem Wortlaut nach nicht festgelegt worden, aber man hat sich über den Wortlaut geeinigt. Aus diesem Generalvertrag muß ich Ihnen einige oder eine Anzahl wesentlicher Punkte mitteilen.

Der Generalvertrag enthält zunächst eine Präambel, und in dieser Präambel stehen folgende wichtige Punkte. Zunächst wird festgestellt, daß es das gemeinsame Ziel der Signatarstaaten ist, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft einzugliedern, und jetzt kommt ein sehr wichtiger Satz, den ich Ihnen wörtlich vorlesen möchte: „die sich ihrerseits in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft einfügen wird“. Es ist dann in einem weiteren Passus festgestellt, daß die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung ein grundlegendes und gemeinsames Ziel der Signatarstaaten ist.

Ich bitte Sie, gerade diesen Passus in seiner eminenten Deutung zu würdigen. Zunächst bekennen sich darin - und auch noch an einer anderen Stelle des Generalvertrages - die drei Westalliierten, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, zu dem gemeinsamen Ziel, auf friedlichem Wege ein völlig freies und vereinigtes Deutschland zu schaffen. Es ist weiter dadurch festgelegt, daß es für uns nicht mehr wie seinerzeit beim Versailler Vertrag einen Diktatfrieden gibt, sollen daß der Friedensvertrag frei vereinbart werden muß. Es ist dann weiter festgestellt, daß die Beibehaltung des Besatzungsstatuts und die sich daraus ergebenden Befugnisse zum Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik unvereinbar sind, und daß die drei anderen Mächte nur solche besonderen Rechte aufrechterhalten wollen, deren Beibehaltung im Hinblick auf die Besonderheiten der internationalen Lage, d. h. auf deutsch, im Hinblick auf das Verhalten und die Einstellung Sowjetrußlands im gemeinsamen Interesse aller vier Signatarstaaten erforderlich ist.

An einer weiteren Stelle der Präambel ist nochmals betont, daß die vier Mächte alles das, was vereinbart werden soll, als wesentliche Schritte zur Erreichung ihres gemeinsamen Zieles eines in die westeuropäische Gemeinschaft integrierten, wiedervereinigten Deutschlands anerkennt. Damit ist zum Ausdruck gebracht - und das wird in einem der Artikel des Vertragsentwurfs nochmals wiederholt -, daß nach der

Wiedervereinigung Deutschlands das ganze Deutschland der Vorteile dieses Vertrages zuteil werden soll, und zwar ohne weiteres.

Ich glaube, daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands nur erreichen werden mit Hilfe der Westalliierten, nie mit Hilfe der Sowjetmacht. Es ist dann weiter bestimmt in den Artikeln selbst, daß die Bundesrepublik volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten hat, mit gewissen Ausnahmen, daß die drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben werden, daß die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare aufgelöst werden und daß in Zukunft die Beziehungen zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik durch Botschafter unterhalten werden. Die Vorbehalte des Vertrages, die im Hinblick auf die internationale Lage gemacht werden, beziehen sich auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz ihrer Sicherheit, auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands. Ich glaube, wenn wir so weit sind, wird ja im einzelnen darüber gesprochen werden, zunächst im Ausschuß, daß wir diesen Vorbehalten nur zustimmen können, weil sie im Interesse unserer Sicherheit, im Interesse Berlins und im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands liegen. Bezüglich der Truppen, die von den drei Mächten im Bundesgebiet stationiert werden, ist ausdrücklich gesagt, daß sie die Aufgabe haben, die freie Welt zu verteidigen, der die Bundesrepublik und Berlin angehören.

Nun befindet sich in einem der Artikel folgende Bestimmung: Die Bundesrepublik wird sich an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinen Verteidigung der freien Welt beizutragen. Gegen diese Bestimmung ist von einer Fraktion dieses Hauses bzw. der hinter ihr stehenden Partei ein schweres Bedenken erhoben worden.

„Junctim“?

Man hat ausgeführt, daß ein Junctim, eine Verbindung zwischen dem Generalvertrag und dem Eintritt der europäischen Verteidigungsgemeinschaft für uns nicht tragbar sei. Der Inhalt dieses Entwurfs eines Generalvertrags schließt in sich die Verständigung über eine gemeinsame Politik der vier Signatarmächte, über die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege und über die gemeinsame Verteidigung und den gemeinsamen Schutz der Freiheit. Und daraus ergibt sich für meine Meinung ganz zwangsläufig, daß diese beiden Dinge die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft und das Vertragwerden dieses Entwurfs durch innerliche Gründe miteinander verbunden sind. Man hätte genau so gut diese beiden Vertragswerke in einem Vertragswerk zusammenbinden können. Das hätte nur den Nachteil gehabt, daß die Vorverhandlungen unendlich sich verlangsamt hätten. Aber wenn Sie die beiden Vertragsentwürfe einmal zusammen in den Händen halten, dann werden Sie, davon bin ich fest überzeugt, mit mir darin übereinstimmen, daß alles das innerlich so miteinander zusammenhängt, daß man es gar nicht voneinander trennen kann.

Ich habe eben darauf hingewiesen, daß in der Präambel schon das Ziel der gemeinsamen Politik in Bezug auf den Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands angegeben ist. Um die Bedeutung gerade dieser Ziele nachdrücklich zu unterstreichen, ist aber dasselbe nochmals in einem besonderen Artikel des Entwurfs des Generalvertrags niedergelegt. Und es ist darin nochmals wiederholt, daß die drei Mächte und die Bundesrepublik sich darin einig sind, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Und es ist weiter gesagt, daß bis zum Abschluß dieser friedensvertraglichen Regelung die drei Mächte und die Bundesrepublik zusammenwirken werden, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands zu erreichen. Und es ist nochmals ausdrücklich gesagt, daß dem wiedervereinigten Deutschland in gleicher Weise die Rechte der Bundesrepublik aus diesen Vereinbarungen zustehen werden. Und endlich möchte ich noch hervorheben, daß in einem andern Artikel dieses Generalvertrags bestimmt ist, daß ein Schiedsgericht errichtet werden soll, das zuständig ist für die Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik aus diesem Vertrag oder einem beigefügten Abkommen ergeben.

Spannungen

Die Verhandlungen über den Vertrag über die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, wie Sie wissen, in Paris geführt worden und werden zurzeit noch dort geführt. Sie sind sehr weit fortgeschritten. Sie sind noch nicht beendet. Es schweben noch verschiedene Punkte. Und es sind bezüglich zweier Punkte Spannungen entstanden zwischen Frankreich und Deutschland. Zu beiden großen Verträgen sind Übergangsverträge, im Sprachgebrauch Annexverträge, in Aussicht genommen. Der Ausdruck Annexverträge ist an sich nicht sehr richtig. Es handelt sich um Übergangsverträge, die eine Überleitung bezwecken. Über diese Verträge wird zurzeit zwischen alliierten Stellen und Stellen der Bundesrepublik intensiv verhandelt. Die Wünsche, die dort von den drei Westalliierten ausgesprochen worden sind, sind nach meiner Meinung zum Teil über das Ziel hinaus. Und über diese Verträge oder Vertragsentwürfe, zum Teil sind sie noch nicht einmal bis zum Entwurf gekommen, wird, wie ich eben sagte, intensiv zwischen deutschen und westalliierten Stellen verhandelt.

Der Schumanplan hat eine sehr große politische Bedeutung, es ist darüber mehr als genug gesprochen worden. Ich muß es aber in diesem Zusammenhang noch einmal kurz erwähnen. Er hatte seine besondere politische Bedeutung darin, daß er, und das war auch von Herrn Schuman, als er seinerzeit den Schumanplan übergab, in der Diskussion ausdrücklich erklärt worden, ein für allemal künftige kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt sind wir deutscherseits an die Verhandlungen des Schumanplans herantreten. Diese Verhandlungen, die sich ja über viele Monate erstreckt haben und bei denen es sich auch um Gesichtspunkte handelte, die im allgemeinen die Menschen besonders zu interessieren pflegen, nämlich um materielle Vorteile oder Nachteile, diese Verhandlungen sind insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland ohne jede Spannungen, man kann darüber hinausgehend sagen, beiderseits getragen von der großen politischen Bedeutung des Schumanplanes fast in Harmonie vor sich gegangen. Die Verhandlungen über die Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, ein Vorschlag, der von dem damaligen Ministerpräsidenten Plevin, wie Sie wissen, ausgegangen ist, sind in Paris, wo es sich um technisch-militärische Fragen vor allem gehandelt hat, unter den Sachverständigen schließlich in einer überraschenden Einmütigkeit und mit einer überraschenden Schnelligkeit weitergegangen. Erst in den letzten Tagen wird anscheinend im Zusammenhang mit den politischen Fragen, die jetzt plötzlich nach vorn geschoben werden, auch hier der Versuch gemacht, wieder zurückzukommen von Vereinbarungen, natürlich unter den Delegationen, nicht unter den Regierungen, die schon lange vorher getroffen worden sind. Bei der Verhandlung über die finanziellen Fragen, die doch von außerordentlich großer Bedeutung sind, und die in den letzten Tagen vor dem Komitee des Atlantikpaktes, vor den sogenannten Drei Weisen stattgefunden haben, hat eine absolut verständnisvolle Atmosphäre geherrscht. Ich habe an mehreren Konferenzen der sechs Außenminister, deren Länder an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft teilnehmen sollen, in Paris sowohl wie in Straßburg teilgenommen. Und auch bei diesen Verhandlungen herrschte, und das lassen Sie mich nachdrücklich hier erklären, zwischen dem französischen Außenminister, dem italienischen Außenminister und dem deutschen Außenminister im wesentlichen volle Übereinstimmung über das Ziel und über die einzuschlagenden Wege.

Die Saarfrage

Ganz plötzlich, und das ist das Auffallende an der ganzen Situation, ganz plötzlich hat sich das geändert. Ganz plötzlich sind Spannungen aufgetaucht, zwischen Frankreich und zwischen Deutschland. Und diese Spannungen werden, ich muß das zu meinem Bedauern sagen, von der Auslandspresse in einer Weise dargestellt und kommentiert, daß, wenn man die Auslandspresse übersieht, man doch wirklich den Gedanken einer einheitlichen Beeinflussung nicht ablegen kann. Es handelt sich um die Saarfrage und die Frage des Atlantikpaktes. Ich habe hier von diesem Platz aus wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß nach meiner Überzeugung sich die Saarfrage im Laufe der Zeit in einer Weise lösen lassen werde, die allen beteiligten Interessenten, den deutschen, den französischen und insbesondere auch den Interessen der Saarbevölkerung gerecht werde. Ich habe diese Erklärung, glauben Sie mir das, nicht etwa leichtfertig abgegeben, sondern ich wußte, und ich hatte gute Gründe dafür, anzunehmen, daß eine solche Entwicklung kommen werde. Sie müssen bitte Verständnis dafür haben, daß ich in diesem Augenblick nicht in der Lage bin, diese meine Gründe hier der Öffentlichkeit mitzuteilen. Aber ich bin durchaus bereit, einem möglichst kleinen Kreis von Mitgliedern dieses Hauses, und zwar von den verschiedenen Fraktionen, auch der Opposition, diese meine Gründe mitzuteilen.

Die Saarfrage ist plötzlich akut geworden, einmal durch die Ernennung des Herrn Grandval zum Botschafter. Aber gleichzeitig hat der Stellvertreter des Hohen französischen Kommissars, Herr Bérard, auf einer Konferenz der ausländischen Presse, die er zusammenberufen hat, vertraulich mitgeteilt, daß die französische Regierung verschiedenen ihrer diplomatischen Missionen saarländische Vertreter begeben werde und endlich hat diejenige Zeitung an der Saar, die von der französischen Regierung in toto abhängig ist erklärt, daß diese Maßnahme der Beginn eines neuen Staates sei, eines Staates an der Saar. Man muß diese Dinge im Zusammenhang sehen und dabei gleichzeitig berücksichtigen, daß diese Dinge sich ereignet haben, nach Genehmigung des Schumanplanes und vor dieser Debatte im Bundestag wegen der Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Der Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen, die ich eben gekennzeichnet habe, und dem Vertrag über die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, ein Zusammenhang, der von einem Teile der ausländischen Presse gelehnet wird, liegt darin. Herr Minister Schuman hat mit mir am 18. April 1951 Briefe gewechselt, in denen ausdrücklich ausgeführt ist, daß der endgültige Status an der Saar von keiner Seite präjudiziert werden sollte.

Nun, lassen Sie mich mit allem Freimut sagen, nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, auch ich erblicke in diesen Vorgängen eine solche Präjudizierung. Und ich finde es höchst gefahrlos, wenn in einem Augenblick, in dem durch Verhandlungen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft eine dauernde Partnerschaft in Europa und zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt werden soll, durch irgendeine Handlung das Vertrauen darin, daß der andere wirklich es genau so meint wie wir, gestört wird. Das ist der Grund dafür, warum wir Deutsche uns in diesen Verhandlungen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft durch dieses Verhalten der französischen Regierung an der Saar - ich will mich jetzt sehr diplomatisch ausdrücken, Sie werden das verstehen - warum wir uns dadurch sehr gestört fühlen. Was wir Deutsche verlangen müssen und verlangen, das ist, daß endlich einmal an der Saar wirkliche demokratische Freiheiten gewährt werden.

Deutschland und die NATO

Eine weitere große Aufregung ist in Frankreich entstanden durch die Ausführungen, die seitens des Herrn Staatssekretärs Hallstein bei der letzten Außenministerkonferenz in Paris zur Atlantikpaktfrage gemacht worden sind. Man hat es so dargestellt, als wenn von Deutschland ganz plötzlich diese Frage erhoben worden wäre, und als ob man, die Ausdrücke sind gefallen, Erpressungen gegenüber Frankreich ausüben wolle. Und es ist auch in der nichtfranzösischen Auslandspresse allerhand Kritik ausgeübt worden daran, daß Deutschland, wie man meint, plötzlich diese Dinge herausgezogen habe und damit, ich wiederhole den Ausdruck, Erpressungen ausübe.

Ich möchte zweierlei darauf sagen: Einmal, daß die Frage der Verbindung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit dem Atlantikpakt ja in der Präambel zu dem Entwurf mit Zustimmung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs hergestellt worden ist. Es heißt in dieser Präambel ausdrücklich, daß es das gemeinsame Ziel der Signatarstaaten sei, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft einzugliedern. Und nun kommt der Satz: „Die sich ihrerseits in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft einfügen wird.“ Schon bei diesen Bedeutungen ist die Verbindung, die notwendige und natürliche Verbindung zwischen der europäischen Gemeinschaft und dem Atlantikpakt von allen bejaht worden. Wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, dann wird doch die Folge davon sein, daß eine gewisse Zahl Deutscher in die europäische Armee kommt. Und diese europäische Armee, darüber sind sich alle einig, wird dann unterstellt werden, solange die gegenwärtigen Spannungen in der Welt dauern, der Organisation des Atlantikpakts, die unter Eisenhower steht. Und dieses Organ des Atlantikpakts unter Eisenhower untersteht wieder anderen Organen des Atlantikpakts. Nun ist es doch bei Gott für jeden verständlich, daß wir unter keinen Umständen junge Deutsche einfach einem Organ unterstellen, auf dessen Funktionieren und Arbeit wir keinen Einfluß haben. Und weil das in der Natur der Sache liegt, ist auch schon in der Präambel des Generalvertragsentwurfs und auch bei den Beratungen darüber davon die Rede gewesen, daß eine solche Verbindung hergestellt werden müsse. Es ist für mich gar kein Zweifel möglich, daß, wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, wir eines Tages auch Mitglied des Atlantikpaktes werden. Ganz von

selbst. Das kann sich nicht von heute auf morgen vollziehen, das kann sich schon deswegen nicht von heute auf morgen vollziehen, weil ein sehr kompliziertes Verfahren dazu nötig ist, ehe ein neues Mitglied in den Atlantikpakt aufgenommen wird.

Aber schon vorher, wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten und solche Verpflichtungen eingehen, muß auf irgendeine Weise eine Verbindung schon hergestellt werden, die es uns ermöglicht, auf diese ganzen Organe in irgendeiner Weise genau wie die anderen Einfluß zu nehmen. Das ist in meinen Augen eine so absolute Selbstverständlichkeit und ein solches Gebot der inneren Gerechtigkeit, ein Gebot der Verantwortung, die wir Deutschen auch gegenüber unseren Leuten haben, daß ich gar nicht verstehe, wie man sich in einer solchen Weise darüber aufregen kann.

Ich begrüße es und ich bin dankbar dafür, daß, wie ich glaube, man in Washington und in London über diese Dinge sehr viel ruhiger und sehr viel konsequenter denkt, als in anderen Hauptstädten. Und nun kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es gelingen möge, diese Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir wollen nicht nur jetzt den Frieden retten für uns und für Europa, sondern wir wollen auch dafür sorgen, daß auch nach 10 und 20 Jahren, wenn die Welt vielleicht wieder anders aussieht, und wenn auch vielleicht die europäischen Staaten wieder zu stärkeren Staaten geworden sind, daß auch dann ein Krieg in Europa zwischen Deutschland und Frankreich ein für allemal unmöglich gemacht wird. Es kann gut sein, daß in einem Zeitpunkt, den keiner von uns jetzt schätzen oder bestimmen kann, sagen wir einmal in 20 Jahren, es möglich sein würde, wenn wir bis dahin nicht ein vereinigtes Europa geschaffen haben, daß dann in Europa selbst wieder Spannungen entstehen, die jedem Europäer nur Unglück bringen können.

Zunächst Freiwillige

In dem Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft, in dem Entwurf dieses Vertrages, heißt es in Artikel III in lapidarer Kürze, daß jede Diskriminierung eines der Teilnehmer ausgeschlossen sein muß. Wenn es nun kommt zu dem Vertrage über die europäische Verteidigungsgemeinschaft, wenn es nun zur Bildung eines deutschen Beitrages zu einer europäischen Armee kommt, dann, und das ist ja die Frage, die zur Zeit viele Kreise beschäftigt, dann wird das wohl in folgender Weise vor sich gehen. Wir werden sicher zunächst anfangen mit Freiwilligen, aber es wird der Zeitpunkt kommen, wo der Frage eines deutschen Wehrgesetzes näher getreten werden muß.

Klage beim Bundesverfassungsgericht

Und nun hat die Sozialdemokratische Partei, oder Fraktion vielmehr, wie Sie wissen, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, indem sie die Feststellung verlangt, daß ein solches Gesetz eine Zweidrittel-Mehrheit verlange. Nun, ich will mich hier nicht in lange juristische Auseinandersetzungen verlieren, das wird ja in Karlsruhe geschehen. Aber ich möchte doch einige Reminiszenzen in die Erinnerung aller derer, die Mitglieder des Parlamentarischen Rates waren, und damit in die Erinnerung der deutschen Öffentlichkeit zurückrufen. Soviel ich weiß, haben die Kläger beim Verfassungsgericht den Herrn Bundespräsidenten als Kronzeugen angeführt. Nun, die Bundesregierung wird nicht, wenn es nach mir geht, den Bundespräsidenten als Kronzeugen anführen, weil wir glauben, daß man die Person des Bundespräsidenten in eine solche Auseinandersetzung nicht einbeziehen sollte. Aber der Herr Bundespräsident Heuss war ja auch einmal Mitglied des Parlamentarischen Rates. Und aus dem, was er dort gesagt hat und was er unserem geschätzten Kollegen Schmid geantwortet hat und was Herr Kollege Schmid ihm geantwortet hat, lohnt es sich doch einiges mitzuteilen.

Die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat

Es wird Ihnen vielleicht in Erinnerung sein, daß der Beratung des Parlamentarischen Rates ein Entwurf vorangegangen war, der von Vertretern der Länder in Herrenchiemsee gemacht worden ist. Und in diesem Entwurf von Herrenchiemsee hieß es in einem Artikel allerdings, daß es verboten sein sollte, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Dann aber hat der Redaktionsausschuß unseres Parlamentarischen Rates zuerst beschlossen, daß an die Stelle des Wortes „Krieges“ das Wort „Angriffskrieg“ gesetzt werden solle. Diese

Frage ist in einer Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates vom 19. November 1948 eingehend erörtert worden. Herr von Brentano hat damals ausgeführt, der Redaktionsausschuß sei der Auffassung, daß man das Wort „Krieg“ durch das Wort „Angriffskrieg“ ersetzen solle. Der Herr Abgeordnete Schmid, unser heutiger Bundestagskollege, der an den Beratungen im Parlamentarischen Rat einen sehr großen Anteil gehabt hat und einen Anteil, für den wir alle ihm nur dankbar sein können - ja meine Damen und Herren, das waren damals noch goldene Zeiten -, der hat sich gegen diese Änderung gewendet. Und er hat damals nur Gewaltanwendungen im Rahmen, Sie hören wie prophetisch er in die Zukunft gesehen hat, im Rahmen eines kollektiven Selbstschutzes zulassen wollen. Er hat damals gesagt, wir sollten auch hier noch ein Stück weitergehen, als man bisher üblicherweise gegangen ist, und sollten in unserem Lande schlechthin untersagen, die Führung von Kriegen vorzubereiten.

Wir sollten damit unsere Meinung zum Ausdruck bringen, daß in einem geordneten Zusammenleben der Völker das, was man früher als das ultima ratio regum, als das Souveränitätsrecht der Souveränitätsrechte ansah, schlechthin keine Stätte mehr haben soll. Daß, wenn schon Gewalt ausgeübt werden muß, diese Gewalt nicht als nationaler Souveränitätsakt ausgeübt werden soll, sondern als Akt des kollektiven Selbstschutzes aller Nationen, die dafür sorgen, daß auf der ganzen Welt der Friede erhalten bleibt und es Angreifern unmöglich gemacht wird, den Frieden zu stören. Ich muß Herrn Kollegen Schmid neidlos zugestehen, daß er einen weiten Blick in die Zukunft gehabt hat, und daß er das Wesen der Verteidigungsgemeinschaft, verehrter Herr Schöttle, und das Wesen des Atlantikpakt gar nicht treffender hätte kennzeichnen können, als er es damals getan hat.

Auch der Herr Abgeordnete Renner ist damals auf dem Plan erschienen. Und der Herr Abgeordnete Renner hatte in dem Hauptausschuß einen Antrag gestellt, der von dem damaligen Vorsitzenden, dem Herrn Abgeordneten Schmid, kritisiert worden ist. Und da hat der Herr Abgeordnete Renner folgenden denkwürdigen Ausspruch getan - ich hoffe, daß er ihm nicht zum Schaden gereicht -. Er hat gesagt gegenüber dem Vorsitzenden Schmid: „Sie wollen doch nicht behaupten, daß mit dieser Fassung die Bildung eines Heeres für Westdeutschland abgelehnt ist.“ Das sind die Ausführungen des Herrn Renner.

Frage der Kriegsdienstverweigerung

Bei diesen Verhandlungen im Parlamentarischen Rat ist dann auch die Frage zur Sprache gekommen, ob man jemandem das Recht geben sollte, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe - jedes Wort ist hier wichtig - den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern. Nun ist interessant, daß keiner der Herren etwa darauf hingewiesen hat: wir wollen doch überhaupt keinen Kriegsdienst mehr, niemals mehr, sondern, es hat sich damals folgendes abgespielt:

Der damalige Abgeordnete Heuss hat ausgeführt: „Wir sind jetzt dabei, ein Werk der Demokratie zu schaffen. Die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie. Seine Wiege stand in Frankreich. Mir scheint es unmöglich zu sein, daß wir in diesem Augenblick, in welchem wir eine neue Fundamentierung des Staates vornehmen wollen, auch wenn ich mir durchaus darüber klar bin, daß wir kein Militär mehr im alten Sinne bekommen werden, daß wir in dieser Situation nun mit einer solchen kommen.“ - Und darauf hat der Herr Abgeordnete Dr. Schmid folgendes ausgeführt: „Es handelt sich vielmehr darum, daß jemand, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, auch im Falle eines Krieges einen anderen zu töten - darum handelt es sich in erster Linie - die Möglichkeit haben soll, zu sagen: Ich will in dieser Not meines Vaterlandes meinen Dienst auf andere Weise tun können als auf diese Weise. Dafür sollten wir die rechtliche Möglichkeit schaffen. Nicht umsonst steht dieser Absatz 5 in einem Artikel, der sich mit der Freiheit des Glaubens und des Gewissens befaßt und nicht etwa unter den Artikeln, in denen wir versucht haben, für die künftige Ordnung in Europa deutscherseits einen friedlichen Beitrag zu liefern. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, könnte dieser Artikel vielleicht auch akzeptiert werden, wenn man grundsätzlich zu der Frage der Demokratie und der Pflicht, die zu verteidigen, steht.“

Bemerkenswert ist - und das, Herr Abgeordneter Schmid, ich bitte Sie, was ich hier sage im vollen Ernst zu nehmen, der damals in den Beratungen des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rate sich ausgezeichnet hat durch die Fülle der Gedanken und die Arbeit, die er geleistet hat, damals hat nicht etwa der Herr Abgeordnete Dr. Schmid gesagt: Der ganze Artikel ist doch überflüssig, weil das Grundgesetz ja überhaupt

einen Kriegsdienst, eine Wehrmacht nicht will, sondern er hat nur darauf gedrungen, daß in Fällen von Gewissensnot die Möglichkeit gegeben werde, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern. Und Herr Dr. Eberhard, der damals Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates war, hat auch gesagt: „Ich glaube durchaus, daß man weder die Demokratie noch den Frieden unter allen Umständen einfach durch ein Bekenntnis zum Frieden oder durch ein Bekenntnis zur Kriegsdienstverweigerung verteidigen kann.“ Das war eine sehr klare Erklärung, und das weitere wird ja das Bundesverfassungsgericht sagen.

Warum ich mich doch für verpflichtet hielt, in meiner heutigen Rede darauf einzugehen, das hat folgenden Grund: Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschlands bei internationalen Verhandlungen erleiden naturgemäß eine Schwächung ihrer Stellung, wenn in diesem Augenblick, von ich glaube 144 Abgeordneten des Bundestags beim Bundesverfassungsgericht eine Klage eingereicht wird, in der ersucht wird, festzustellen, daß ein etwaiges Wehrgesetz nur mit 2/3 Mehrheit beschlossen werden könnte, und wenn man dann gleichzeitig erklärt, daß man dagegen sei. Dieser Schwächung der Position der deutschen Vertreter bei internationalen Verhandlungen muß ich entgegenreten durch die Erklärung, daß diese Klage nach dem Inhalt des Grundgesetzes, nach den vorangegangenen Verhandlungen völlig aussichtslos und überflüssig ist. Wenn 144 Bundestagsabgeordnete in einer Klage beim Bundesverfassungsgericht festgestellt wissen wollen, daß die Bundesregierung eine falsche Ansicht hat, ist es dann uns nicht erlaubt, auch unsererseits dagegen etwas zu sagen? Heißt das dann Demokratie, wenn man dem Angegriffenen hier im Hause überhaupt verwehren will, sich zu verteidigen?

Rückgewinnung Berlins und des Ostens

Wir werden Berlin und wir werden den deutschen Osten nicht wiederkriegen als über ein vereinigt Europa. Wer etwas anderes denkt, der sieht die Dinge nicht, wie sie sind. Denn wir alle sind uns doch darüber klar, daß nur eine ganz verschwindende Gruppe in diesem Hause der Auffassung ist, daß wir ein vereinigt Deutschland wiederbekommen auf dem Wege über Sowjetrußland. Es ist behauptet worden, daß alles das geschähe, um die amerikanische Rüstungsindustrie aufrechtzuerhalten. Wissen Sie denn, wie groß der Anteil der Rüstungsproduktion an der gesamten wirtschaftlichen Produktion der Vereinigten Staaten ist? Nicht ganz 25 %. Und ist Ihnen eigentlich immer gegenwärtig, daß die Vereinigten Staaten insgesamt bisher nach Europa für friedliche Zwecke 11,6 Milliarden Dollar gegeben haben? Ich möchte mal gerne wissen, wieviel Sowjetrußland für friedliche Zwecke nach Europa gegeben hat. Und ist Ihnen immer so bekannt, daß doch bis jetzt die Vereinigten Staaten an Toten, Verwundeten und Gefangenen in Korea im Kampf für die Freiheit der Welt über 100 000 Mann verloren haben?

Nun, die gesamte Lage in der Welt ist wahrhaftig sehr ernst. Ich habe eben von Korea gesprochen. Sie wissen, wie freventlich der Krieg dort vom Zaune gebrochen worden ist. Von den Amerikanern? Dabei war überhaupt kein Kommando mehr in Südkorea anwesend.

Leider ist sich das deutsche Volk über den Ernst der ganzen Situation nicht im klaren. Man hat sich allmählich - das ist eine gute Eigenschaft des Menschen, aber auch eine schlechte Eigenschaft des Menschen unter Umständen - daran gewöhnt, an den Gedanken, daß es so bleibe wie bisher, oder daß nichts Besonderes passieren würde. Sie wissen doch genau so gut wie ich, daß jetzt wie Jahr und Tag Sowjetrußland in der Ostzone rund 30 Divisionen marschbereit zum Einzug gegen Deutschland unterhält. Wenn es nicht zu lange aufhalten würde, würde ich Ihnen die einzelnen Divisionen und ihre Standorte mitteilen. Sie wissen, wie groß die Minierarbeit ist, die von seiten Sowjetrußlands und seiner Satrapen geleistet wird. Und Sie wissen auch, und das muß in aller Offenheit gesagt werden, auch dem deutschen Volke, daß dieses Europa ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten Sowjetrußland ausgeliefert ist.

Und lassen Sie mich hinzufügen, daß man schlechterdings verstehen könnte, wenn eines Tages die Vereinigten Staaten sich sagen würden, „wir haben auch andere Möglichkeiten, uns gegenüber Sowjetrußland zu verteidigen!“ Und wenn die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sagen würde, „wenn die Europäer nicht wollen, wenn sie nicht sehen wollen, in welcher Gefahr sie schweben, wenn sie nicht unter Zurücksetzung der Streitigkeiten, die im Verhältnis zu der Größe der Gefahr, in der sie alle schweben, klein sind, wenn sie nicht endlich sehen wollen, daß wir tatsächlich in eine neue Zeit eingetreten

sind, in der ein Zusammenschluß Europas aus wirtschaftlichen, aus politischen, aus Verteidigungsgründen eine absolute Notwendigkeit ist, nun, wenn sie das nicht einsehen, dann können wir ihnen nicht weiter helfen".

Keine aggressiven Ziele

Eines möchte ich zum Schluß nochmals mit allem Nachdruck Ihnen sagen. Weder der Atlantikpakt noch die europäische Verteidigungsgemeinschaft verfolgt irgendwelche aggressiven Ziele. Und ich glaube, niemandem in der Welt, als uns Deutschen, die wir ja doch am nächsten dem Gefahrenherde liegen, wäre es willkommener, wenn Sowjetrußland ehrlich nun jetzt sagte, wir wollen zu Frieden und zur Verständigung kommen. Aber die Rolle, die Sowjetrußland jetzt wieder in der UNO gespielt hat, als es sich darum handelte, gesamtdeutsche Wahlen herbeizuführen, die hat doch, und Sie alle haben gestern dieser Auffassung zugestimmt, gezeigt, klar und überzeugend gezeigt, daß Sowjetrußland diesen Frieden in der Welt nicht will. Wir wollen den Frieden. Wir wollen den Frieden und die Freiheit, wir wollen keine Knechtschaft und keine Sklaverei, wir wollen Frieden und Freiheit für uns und für Gesamtdeutschland. Und nach meiner festen Überzeugung und nach der Überzeugung eines jeden Deutschen, der die Dinge unvoreingenommen betrachtet, gibt es vor dieser konsequent fortgeführten Politik des totalitären Sowjetrußlands nur eine Rettung für uns alle, uns so stark zu machen, daß Sowjetrußland erkennt, ein Angriff darauf ist ein großes Risiko für Sowjetrußland selbst. Und das ist das Ziel des Ganzen. Das ist unsere Absicht, das wollen wir mit der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, das wollen wir mit der Verbindung und dem späteren Eintritt in den Atlantikpakt. Wir wollen endlich Ruhe und Frieden haben vor dem Drang und den Angriffen aus dem Osten. Ich habe von seiten der englischen Regierung die Mitteilung bekommen, daß sie dem Projekt der europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit vollster Sympathie gegenübersteht, und daß sie alles tun wird, um eine möglichst enge Verbindung zwischen Großbritannien und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft herbeizuführen. Und wenn so das gesamte freie Europa sich einigt, und wenn es zusammen dann geht mit den Vereinigten Staaten, dann retten wir alles das, was uns teuer ist, die Freiheit und den Frieden.